

1
Fachhochschule

h a g e n



Stellungnahme

**des Senats der Fachhochschule Hagen
zum Gesetzentwurf der Landesregierung
über Änderungen im Hochschulbereich**

(Drucksache 10/2599)

MMZ 10/1766

Stellungnahme

des Senats der Fachhochschule Hagen zum Gesetzesentwurf über Änderungen im Hochschulbereich

Die vorliegende Stellungnahme gliedert sich wie folgt:

	Seite
1. Einleitung	1
2. Untersuchung der für die Schließung der Fachhochschule Hagen gegebenen Begründungen	1
3. Auswirkungen der vorgesehenen Maßnahmen auf den Standort Iserlohn	13
4. Qualität als Kriterium für Veränderungen im Hochschulbereich	14
5. Glaubwürdigkeit der Politik	15

1. Einleitung

Der Gesetzesentwurf über Änderungen im Hochschulbereich ist ein Ergebnis der "Perspektiven der Hochschulentwicklung", die vom Minister für Wissenschaft und Forschung der Landesregierung im Sommer des Jahres 1987 vorgelegt worden sind. Zu diesen Perspektiven der Hochschulentwicklung, soweit sie der Fachhochschule Hagen bekannt sind, hat der Senat der Fachhochschule Hagen bereits in seiner Resolution vom 6.7.1987 Stellung bezogen. Der vorliegende Gesetzesentwurf übernimmt in seiner Begründung weitgehend die Begründungen, die bereits in dem Perspektivenpapier des Wissenschaftsministeriums für eine Schließung der Fachhochschule herangezogen worden sind. Insofern geht der Senat der Fachhochschule Hagen auch auf die dort genannten Begründungen ein.

2. Untersuchungen der für die Schließung der Fachhochschule Hagen gegebenen Begründungen

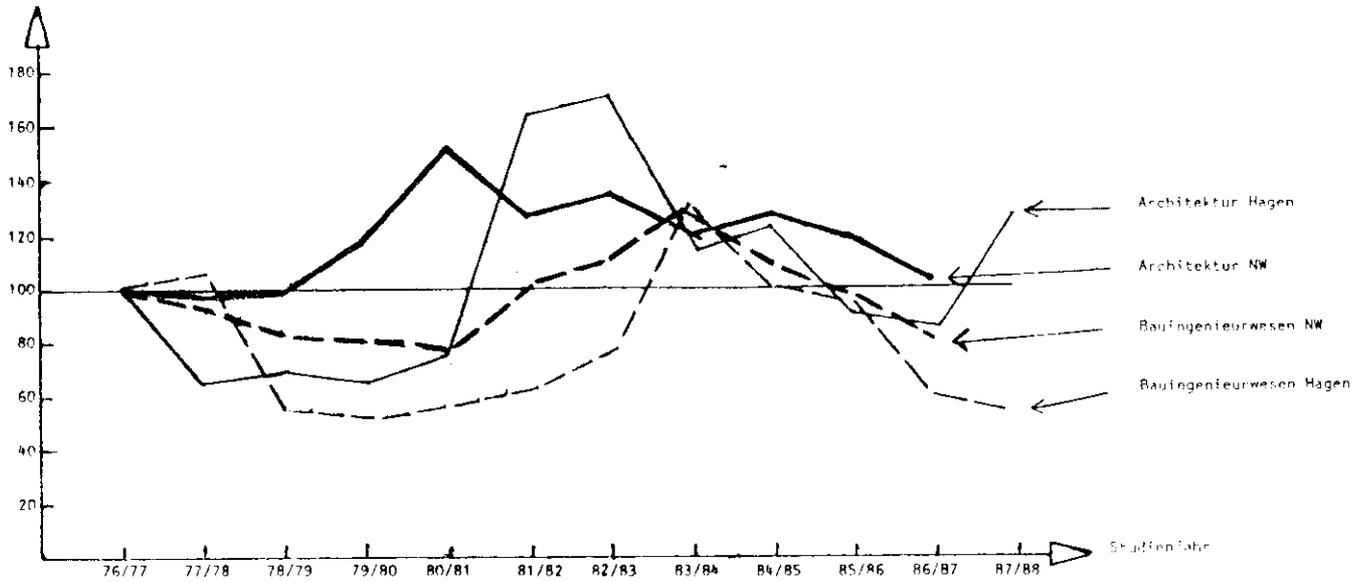
2.1 Nachfrage, Entwicklung der Studienanfängerzahlen, Auslastung

Die Studienanfängerzahlen am Standort Hagen haben sich seit Wintersemester 1976/77 wie folgt entwickelt:

GRAFIK 1
STUDIENANFÄNGER IN %

STUDIENANFÄNGER DER STUDIENGÄNGE ARCHITEKTUR UND BAUINGENIEURWESEN DER FACHHOCHSCHULE HAGEN IM VERGLEICH ZUR ENTWICKLUNG IM LAND NW

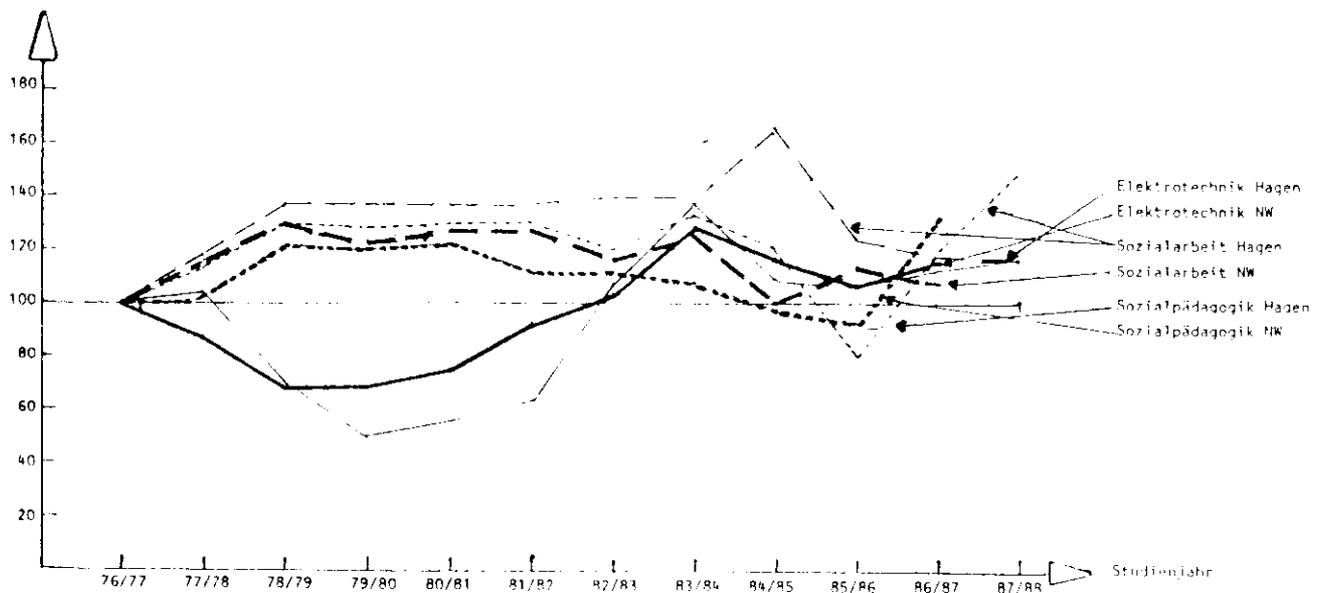
(STUDIENJAHR 1976/77 = 100 %)



IN DIESEN STUDIENGÄNGEN HAT SICH DIE FACHHOCHSCHULE HAGEN IM LANDES-TREND ODER BESSER ENTWICKELT,

GRAFIK 2
STUDIENANFÄNGER IN %
(STUDIENJAHR 1976/77 = 100 %)

STUDIENANFÄNGER DER STUDIENGÄNGE ELEKTROTECHNIK, SOZIALARBEIT UND SOZIALPÄDAGOGIK DER FACHHOCHSCHULE HAGEN IM VERGLEICH ZUR ENTWICKLUNG IM LAND NW



IN DIESEN STUDIENGÄNGEN HAT SICH DIE FACHHOCHSCHULE HAGEN IM LANDES-TREND ODER BESSER ENTWICKELT,

Bereits 1982 hatte das MWF in seinen "Strukturellen Vorgaben für die Neuordnung des Studienangebots an den Hochschulen des Landes NW" vom Juli 1982 die Aufhebung der Hagener Fachbereiche Maschinenbau und Wirtschaft mit einer landesweit zurückgehenden Nachfrage begründet: Aus den damals zu beobachtenden Zahlen hatten die Planer im MWF durch schlichte Extrapolation den Schluß gezogen, die damalige Bewegung werde sich fortsetzen.

Das Gegenteil ist eingetreten: An allen Fachhochschulstandorten sind die Studiengänge Maschinenbau und Wirtschaft hoch überlastet, so daß zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Studienbetriebs ernsthaft über Zulassungsbeschränkungen nachgedacht werden müßte.

Die Entscheidung, die Hagener Studiengänge Maschinenbau und Wirtschaft 1982 einzustellen, ist eindeutig falsch gewesen und wirkt sich nunmehr zum Nachteil der heute Studierenden aus.

Wenn heute die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf über Änderungen im Hochschulbereich begründet:

"Die ungünstige Fächerstruktur am Standort Hagen läßt vermuten, daß die Nachfrage nach Studienplätzen bereits mittelfristig überproportional sinken wird"

so fordert der Senat der FH Hagen, die Fehler von 1982 nicht zu wiederholen.

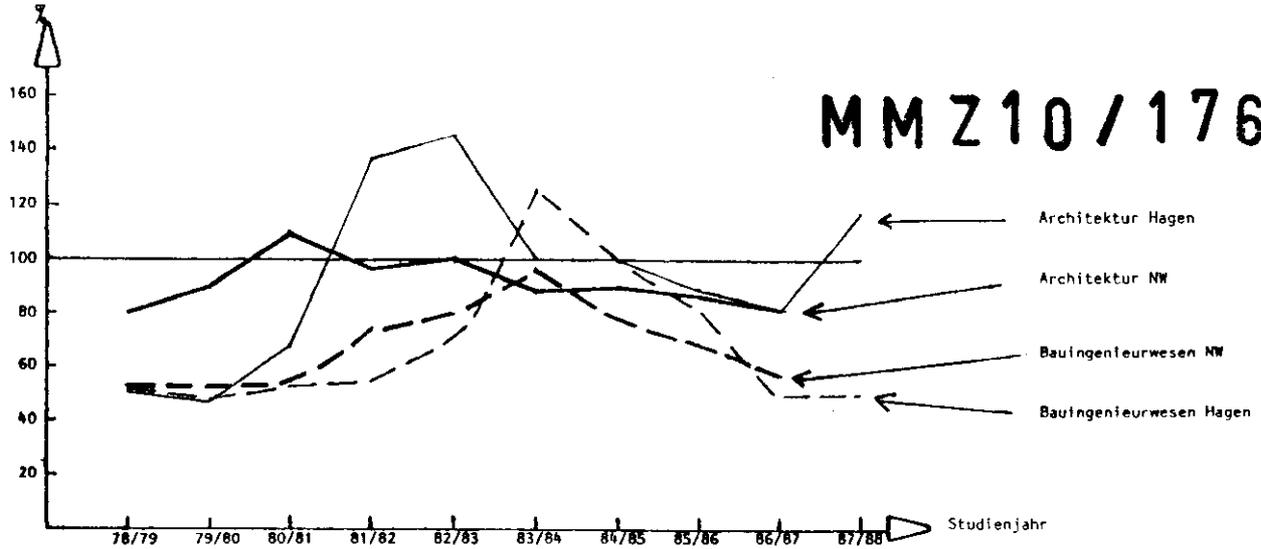
WIE DIE OBENSTEHENDEN GRAFIKEN DEUTLICH NACHWEISEN, NIMMT DIE NACHFRAGE NACH STUDIENPLÄTZEN IN HAGEN WIEDER ZU, UND DAS TROTZ DER NUNMEHR ÜBER EIN JAHR ANDAUERNDEN ÖFFENTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG ÜBER DAS FORTBESTEHEN DER FH HAGEN. DER SENAT VERWAHRT SICH DAGEGEN, DIESE POSITIVE ENTWICKLUNG HERABZUWÜRDIGEN, INDEM NUNMEHR VON EINEM "ZVS-VERTEILUNGSVERFAHREN ZUGUNSTEN VON HAGEN" GESPROCHEN WIRD.

Will man nunmehr nicht die Studienanfängerzahlen, sondern hypothetische "Bewerberzahlen" zum Maßstab für die Auflösung von Hochschulen nehmen, dann müßten andere Hochschulen vor Hagen aufgelöst werden.

Die Auslastung der Studiengänge, gemessen an den Kapazitätswerten der KapVO, die nicht den Normalzustand bemessen, sondern die erschöpfende Auslastung aller Kapazitäten, hat sich wie folgt entwickelt:

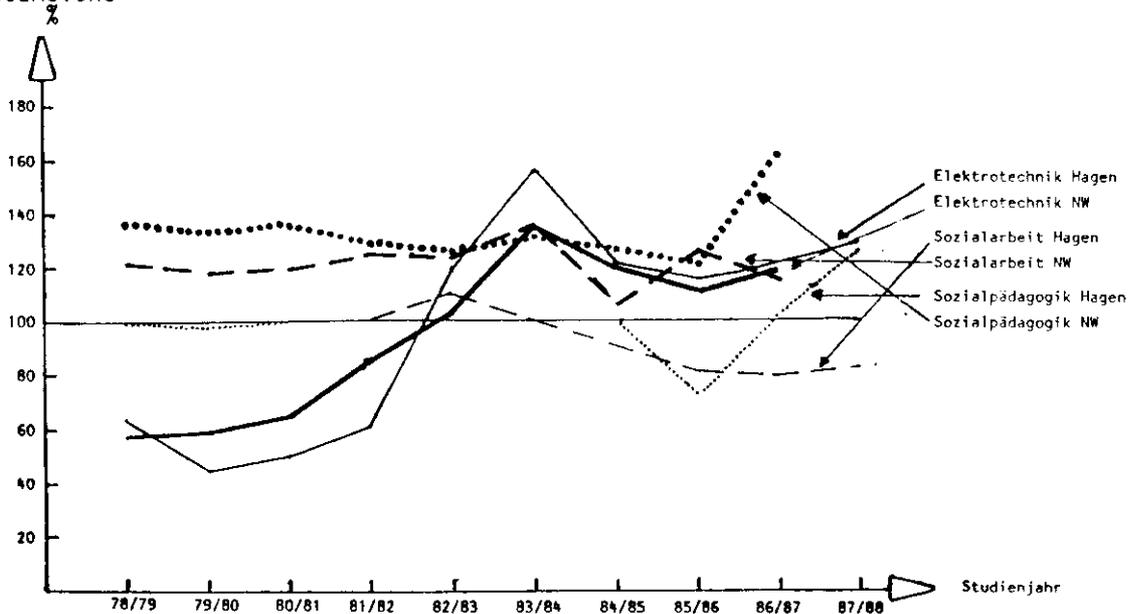
GRAFIK 3
KAPAZITÄTS-
AUSLASTUNG

KAPAZITÄTSAUSLASTUNG DER STUDIENGÄNGE ARCHITEKTUR UND BAUINGENIEUR-
WESEN DER FACHHOCHSCHULE HAGEN IM VERGLEICH ZUR ENTWICKLUNG IM LAND NW



GRAFIK 4
KAPAZITÄTS-
AUSLASTUNG

KAPAZITÄTSAUSLASTUNG DER STUDIENGÄNGE ELEKTROTECHNIK, SOZIALARBEIT
UND SOZIALPÄDAGOGIK DER FACHHOCHSCHULE HAGEN IM VERGLEICH MIT DER
ENTWICKLUNG IM LAND NW



DIE GRAFIKEN 3 UND 4 ZEIGEN, DASS DIE HAGENER STUDIENGÄNGE NACH
WIE VOR ZUR BEWÄLTIGUNG DER WEITERBESTEHENDEN ÜBERLAST BEITRAGEN.
DIE AUSLASTUNG FOLGT AUCH HIER DEM LANDESTREND.

MMZ10/1766

- 5 -

Der MWF erklärt in seinen "Perspektiven der Hochschulentwicklung", es müsse von Auslastungsermittlungen in Anlehnung an die Betreuungswerte der KapVO abgerückt werden. Es bestehe allgemeiner Konsens darüber, daß die KapVO nur als Instrument zur Überbrückung der extrem hohen Nachfrage nach Studienplätzen gerechtfertigt war, um allen Studienwilligen ein Studium ihrer Wahl zu ermöglichen. Die Bildungspolitik in Bund und Ländern sei seit Jahren einig darüber, daß vom Grundsatz her die Personalrichtwerte, die der Wissenschaftsrat 1977 entwickelt hat, geeignet sind, die Auslastungsberechnung entsprechend der KapVO zu ersetzen. Mit diesen Betreuungsrelationen seien zwar keine optimalen, aber doch akzeptable Ausbildungs- und Forschungsbedingungen zu schaffen.

LEGT MAN DIESE NICHT EINMAL OPTIMALEN BETREUUNGSRELATIONEN UND DEN FÜR DIE FH HAGEN VOM MWF ANGENOMMENEN RÜCKGANG DER STUDIENANFÄNGERZAHLEN BIS ZUM JAHR 1999 ZUGRUNDE, DANN MÜßTEN DER FH HAGEN NOCH RUND 30 % MEHR STELLEN ALS HEUTE ZUGEWIESEN WERDEN.

DIE ARGUMENTATION MIT EINER VERMEINTLICHEN UNTERAUSLASTUNG KANN DAHER NICHT WEITER ERNSTLICH VORGEBRACHT WERDEN.

DER SENAT BITTET DAHER DRINGLICH DEN GESETZGEBER, AUF DER BASIS EINER "VERMUTUNG", FÜR DIE KEINE NACHPRÜFBAREN BELEGE VORGETRAGEN WORDEN SIND, KEINE IRREVERSIBLE ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE EXISTENZ DER FH HAGEN ZU TREFFEN.

2.2 Bedarfsgesichtspunkte

Der MWF geht weiter in seiner Begründung für die Auflösung der FH Hagen davon aus, daß die Studiengänge Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Architektur und Bauingenieurwesen unter Bedarfsgesichtspunkten im Lande reduziert werden müssen.

HIERGEGEN IST GRUNDSÄTZLICH EINZUWENDEN, DAB EIN ARGUMENT, DAB ALLE HOCHSCHULEN MIT DIESEN STUDIENGÄNGEN GLEICHERMABEN BETRIFFT, NICHT MIT DER WIRKUNG DER EXISTENZVERNICHTUNG AUSSCHLIEßLICH GEGEN DIE FH HAGEN VERWENDET WERDEN DÜRFTE. UNTER BEACHTUNG DER GRUNDSÄTZE DER GLEICHBEHANDLUNG UND DER VERHÄLTNIßMÄßIGKEIT MÜßTE ABGEWOGEN WERDEN, OB EINE REDUZIERUNG AN ANDEREN HOCHSCHULSTANDORTEN MIT MEHRFACH VORHANDENEN ÄHNLICHEN STUDIENANGEBOTEN DIE BESSERE LÖSUNG WÄRE, ZUMAL DADURCH DIE EXISTENZ ANDERER STANDORTE NICHT GEFÄHRDET WÄRE.

Zur Stichhaltigkeit der Bedarfsprognosen ist auszuführen:

Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, der Abgeordnete Kniola, hat am 21. Dezember 1987 öffentlich in Übereinstimmung mit vielen Stellungnahmen der Kommunen und Freien Träger erklärt,

daß es im Bereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik eine "sehr große Fülle von Beschäftigungsnotwendigkeiten gibt, aber es nützt gar nichts, wenn ich nicht auch gleichzeitig sagen kann, wer diese jungen Menschen, die dort zu beschäftigen sind, bezahlen soll".

Der Senat teilt diese Beurteilung, muß aber die Frage stellen, warum gerade eine sozialdemokratischgeführte Landesregierung nicht Wege und Möglichkeiten zur Lösung dieses Finanzierungsproblems aufzeigt. Angesichts einer Fülle von Beschäftigungsnotwendigkeiten Kapazitäten abzubauen ist nach Auffassung des Senats keine Lösung des Problems. Denn es sind unzweifelhaft soziale Bereiche auszumachen, in denen der vermehrte Einsatz von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen sich in naher Zukunft möglicherweise als so dringlich erweist, daß die entsprechende Finanzierung zu einem unabweisbaren Muß wird, um der weiteren Verschärfung sozialer Probleme wirksam zu begegnen. Die Jugendarbeitslosigkeit und Jugenddelinquenz, die Alkohol-, Drogen- und Spielsucht, die Altenhilfe in einer zunehmend überalternden Gesellschaft, die Asylantenbetreuung und -integration, das Vormundschaftswesen aufgrund einer beabsichtigten Gesetzesnovellierung, die Freizeitpädagogik seien nur als einige Beispiele genannt. Entsprechend wird sich der Fachbereich Sozialwesen in Hagen der Gestaltung neuer Studienschwerpunkte und angemessener Ausbildungsprofile zuwenden und hat damit bereits begonnen, wie die erst 1985 in Kraft getretene neue Studienordnung nachweist.

Die Landesregierung geht weiter davon aus, daß die Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen unter Bedarfsgesichtspunkten im Lande reduziert werden müßten.

Das Betriebswirtschaftliche Institut der westdeutschen Bauindustrie (BWI Bau) hat bereits im Jahr 1985 nachgewiesen, daß bis zum Jahr 1988/89 der Bedarf an Bauingenieurabsolventen mit der Abschlußqualifikation einer Fachhochschule nicht gedeckt werden kann.

Erst recht kommt heute der Hauptverband der deutschen Bauindustrie in seiner neuesten Untersuchung zu dem Ergebnis, daß in den 90'er Jahren einem jährlichen Bedarf von 4000 Bauingenieuren lediglich 3000 Absolventen jährlich gegenüberstehen. Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie wird daher eine Werbeaktion für das Studium des Bauingenieurs beginnen.

MMZ10/1766

ANGESICHTS DIESER SACHLAGE IST DER ABBAU VON STUDIENKAPAZITÄT IN DIESEM BEREICH ERKENNBAR FALSCH.

DER SENAT MUß DAHER DEN GESETZGEBER DRINGEND BITTEN, GERADE AUS BEDARFSGESICHTSPUNKTEN DIE GENANNTEN STUDIENGÄNGE AM STANDORT HAGEN NICHT AUFZUHEBEN.

2.3 Lebensfähigkeit des Standortes Hagen - Fächerspektrum

In der Rede anlässlich der Einbringung des Gesetzesentwurfs hat der Wissenschaftsminister die Überzeugung der Landesregierung zum Ausdruck gebracht, daß die Fachhochschule Hagen mit dem gegenwärtigen Fächerspektrum für das kommende Jahrzehnt nicht überlebensfähig wäre.

Hierzu ist zunächst grundsätzlich festzustellen, daß das gegenwärtige Fächerspektrum der Fachhochschule Hagen am Standort Hagen das Ergebnis der von der Landesregierung zu verantwortenden Entscheidungen im Rahmen der Konzentrationsmaßnahmen des Jahres 1982 ist.

Trotz des mit der 82'er Konzentrationsmaßnahme verbundenen Verlustes von einem Drittel ihrer Professorenkapazität und trotz der bestehenden Überlast haben die am Standort Hagen verbliebenen Fachbereiche eine erstaunliche Aktivität bei der Entwicklung neuer Studienangebote, beim Forschungs- und Technologietransfer bewiesen:

I. Neue Studienangebote

Seit 1979 Angebot des Studiengangs
Bauingenieurwesen mit Praxissemester

- Teilnehmerquote ca. 30 % -
als erster Fachbereich in NW

Seit 1980 Angebot des Studiengangs
Architektur mit Praxissemester

als erster Fachbereich in NW

Zusatzstudium
"Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken"
in den Fachbereichen Architektur und Bauingenieurwesen

1984 Antrag bei MWF
1986 Ablehnung

MMZ10/1766

Zusatzstudium
"Baudenkmalpflege"
in den Fachbereichen Architektur und Bauingenieurwesen

1987 Antrag beim MWF
 bis heute nicht genehmigt

Studienschwerpunkte
"Bauinformatik" und "Bauen im Umweltschutz"
im Fachbereich Bauingenieurwesen

13. 7.1987 Antrag beim MWF
 12. 8.1987 Ablehnung

Zusatzstudium
"Regenerative Energietechnik"
im Fachbereich Elektrotechnik

Vorbesprechung mit dem Dekan des Fachbereichs Elektrotechnik am
 30.10.1986 im MWF
 Ablehnende Haltung des MWF (möglicherweise wegen der damals schon
 im MWF betriebenen Planungen, die Elektrotechnik in
 Hagen mit der Auflösung der FH Hagen ebenfalls aus-
 laufen zu lassen)

Zusatzstudium
"Supervision"
im Fachbereich Sozialwesen

1975 erstmalig an MWF
 1985 erneuter Antrag mit Vorlage einer Studien- und Prüfungs-
 ordnung aus der Erfahrung zweier Erprobungsdurchläufe
 von je 4 Semestern Dauer
 bis heute nicht genehmigt

Weiterbildungsstudium
"Unternehmensrechnung"
im Fachbereich Wirtschaft

1982 Antrag beim MWF
 1982 Ablehnung

Weiterbildungsstudium
"Führungslehre"
im Fachbereich Wirtschaft

1982 Antrag beim MWF
 1982 Ablehnung

MMZ10/1766

Wahlpflichtblock
 "Biotechnologie"
im Fachbereich Physikalische Technik

06. 7.1987 Antrag beim MWF
 31. 7.1987 Genehmigung

Zusatzstudium und weiterbildendes Studium
 "Korrosionsschutztechnik"
im Fachbereich Physikalische Technik

1982 Antrag beim MWF
 1982 (vorläufige) Genehmigung

Studiengang
 "Produktionstechnik"
im Fachbereich Maschinenwesen

1976 vorläufig für 5 Jahre genehmigt
 1984 Antrag auf endgültige Genehmigung
 1987 mündliches Abraten des MWF vor Erneuerung des
 Antrages auf endgültige Genehmigung
 bis heute nicht genehmigt

II. Forschungsschwerpunkte

=====

Forschungsschwerpunkt
 "Oberflächentechnik/Korrosionsschutz"
im Fachbereich Physikalische Technik

1984 Antrag beim MWF
 1984 Genehmigung

Forschungsschwerpunkt
 "Kunststoffverarbeitung"
im Fachbereich Maschinenwesen

20. 6.1985 Antrag beim MWF
 26. 3.1986 Ablehnung
 25.11.1986 erneuter Antrag beim MWF
 15. 5.1987 Ablehnung
 In 1987 nicht erneut beantragt

III. Regionale Aktivitäten

MMZ10/1766

1. Mitgliedschaften

- a) Beirat der Technologie- und Gründerzentrum GmbH Hagen (TGZ)
- b) Trägergemeinschaft Iserlohner Gewerbezentrum e.V. (IGZ)
- c) Beirat des Entwicklungs- und Gründercentrums Lüdenscheid (EGC)
- d) Mitglied des Fördervereins eines Instituts für Kunststoff-technik
- e) Deutscher Betonverein
- f) Abwassertechnische Vereinigung

2. Vertragliche Kooperationen

- a) Arbeitsamt Hagen
- b) Stadt Lüdenscheid

3. Zusammenarbeit mit Industrie und Wirtschaft, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden

- a) Technischer Beratungsdienst Nordrhein-Westfalen
- b) Forschungstransferstelle
- c) Vermittlungsstelle für Sozialarbeitsforschung
- d) Spielforschungs- und Beratungsstelle
- e) Diplomarbeiten / Praxissemester
- f) Projektarbeit in Kooperation mit Kommunen, Institutionen und Wohlfahrtsverbänden
- g) Weiterbildungsveranstaltungen von Unternehmen in Zusammenarbeit mit FH
- h) Hagener Bauseminare des Fachbereichs Bauingenieurwesen (seit 1986)
- i) Mitwirkung bei der Gründung eines Instituts für Lichtanwendungstechnik in Lüdenscheid
- j) Mitwirkung bei der Gründung eines Instituts für Kunststofftechnik in Lüdenscheid
- k) Mitgesellschafter (vier Professoren der FH Hagen) der Märkischen Gesellschaft für medizin-technische Entwicklung mbH
- l) Beratungs- und Gutachtertätigkeit der Professoren
- m) Prüf- und Untersuchungstätigkeit der Laboratorien (z.T. als amtlich anerkannte Prüfstellen)

DIESE FAKTEN BEWEISEN DIE LEBENSFÄHIGKEIT DER HAGENER FACHBE-
REICHE, IHREN IDEENREICHTUM UND IHRE INNOVATIONSFÄHIGKEIT.

SIE ZEIGEN ABER ZUGLEICH, DAB DER MWF ENTGEGEN SEINEM ER-
KLÄRTEN KONZENTRATIONSZIEL, DIE LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER HOCH-
SCHULEN ZU STEIGERN, DER FACHHOCHSCHULE HAGEN KONSEQUENT DEN

WEG VERBAUT HAT, DER SENAT DER FACHHOCHSCHULE HAGEN MUß HEUTE ZU DER ERKENNTNIS KOMMEN, DAB DIE JETZT VOM MWF ANGESTREBTE AUFHEBUNG DER FH HAGEN DURCH DEN WEGFALL IHRES STANDORTES HAGEN KONSEQUENT GEPLANT UND VERFOLGT WORDEN IST.

2.4 Investitionsbedarf

Die Landesregierung begründet ihre Schließungsabsicht auch damit, daß für eine ordnungsgemäße Weiterführung des Studiengangs Bauingenieurwesen erhebliche Investitionen erforderlich seien.

Tatsächlich hat die Schließung des Fachbereichs Maschinenbau im Jahr 1982 das Problem einer neuen Nutzung der im Hauptgebäude der FH dadurch freigewordenen Flächen aufgeworfen. Seit 1962 wurde ein Neubau für die Fachbereiche Architektur und Bauingenieurwesen geplant. 1975 sollte der Neubau auf dem Gelände, auf dem auch die Fernuniversität baute, begonnen werden. Nach der Landtagswahl 1975 war davon plötzlich keine Rede mehr.

In enger Zusammenarbeit mit dem MWF wurde nach der Konzentrationsmaßnahme 1982 der Umbau des Hauptgebäudes für die Aufnahme der beiden Fachbereiche Architektur und Bauingenieurwesen geplant. Der Umbau wäre eine Ersatzmaßnahme für den versprochenen Neubau gewesen. Die Landesregierung hat sich noch 1986 dafür eingesetzt, daß die Umbaumaßnahme in den 16. Rahmenplan mit einem Betrag von nahezu 8 Millionen DM aufgenommen wurde. Das Land müßte von diesem Betrag lediglich die Hälfte aufbringen.

DAS LAND NW HAT IN DEN LETZTEN 15 JAHREN FÜR DIE SIEBEN GESAMTHOCHSCHULEN EINSCHLIEBLICH DER FERNUNIVERSITÄT AN INVESTITIONEN 1,8 MILLIARDEN AUSGEGEBEN, FÜR DIE ELF FACHHOCHSCHULEN INSGESAMT 500 MILLIONEN DM, FÜR DIE FH HAGEN DAVON MIT 5 MILLIONEN DM GENAU 1 %. FÜR DIE FERNUNIVERSITÄT SIND IM GLEICHEN ZEITRAUM 64 MILLIONEN DM INVESTIERT WORDEN. DIE FH HAGEN IST ERKENNBAR UNGEWÖHNLICH BENACHTEILIGT WORDEN. DER UMBAU IST DAHER LEDIGLICH EIN BESCHIEDENER BEITRAG ZUM AUSGLEICH EINES WETTBEWERBSNACHTEILS DER FH HAGEN.

Ungeachtet dessen hat der Fachbereich Bauingenieurwesen Alternativen entwickelt und vorgeschlagen.

Der MWF hat die Schließung der FH Hagen auch mit dem Raumbedarf der FU begründet, der mit dem Hauptgebäude der FH Hagen langfristig befriedigt werden könnte, von einer Konsolidierung der FU hat der MWF

MMZ10/1766

auf einer Pressekonferenz gesprochen. Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Kniola, hat das am 21. Dezember 1987 in Hagen einer großen Öffentlichkeit so erklärt:

"Wer sagt, es geht gegen die Stadt Hagen, gegen den Hochschulstandort Hagen, verkennt, daß wir hier vor einer eindeutigen Alternativentscheidung stehen. Ich habe das im April schon ausgeführt, die Argumente haben sich seit der Zeit nicht verändert.

Das Gebäude Haldener Straße kann genutzt werden für die Studiengänge, die jetzt dort drin sind - Fachhochschulstudiengänge - oder es kann genutzt werden für das, was wir beabsichtigen, und ich sage das ausdrücklich und unterstütze das, für die Studiengänge Informatik und Elektrotechnik der Fernuniversität, für die wir, aber die haben ungefähr zehnfach so hohe Studienanfängerzahlen, dringend einen Ausbau in Hagen vornehmen müssen.

Eine endgültige Unterbringung, denn wenn uns das nicht gelingt, sowohl auf der baulichen Seite hier für eine Unterbringung zu sorgen und ich meine aus Rücksicht am Standort Hagen. Und wenn wir es nicht schaffen, diese Studiengänge mit den erforderlichen personellen Ressourcen auszustatten, dann können wir diese Studiengänge nicht aufrechterhalten.

Ich sage das so klar und deutlich, das ist die Alternative, vor der wir stehen."

Bezugnehmend auf die Resolution von 16 SPD-Abgeordneten für den Erhalt der FH Hagen erklärte Herr Kniola:

"Ich werde in meiner Fraktion eine solche Entscheidung nur dann akzeptieren für die Fachhochschule Hagen, wenn sie verbunden ist mit einem Scheck zugunsten der Fernuniversität. Ich sage das ganz klar und deutlich."

Der Senat nimmt mit Verbitterung zur Kenntnis, daß auf dem Wege der Haushaltsgesetzgebung 1988 dem Fachbereich Bauingenieurwesen eiligst zwei weitere Professorenstellen zugunsten der Informatik der Fernuniversität genommen wurden, bevor der Gesetzentwurf der Landesregierung über Änderungen im Hochschulbereich beschlossen werden konnte.

DIE VORGETRAGENEN, NACHGEWIESENEN ERMAßEN WIDERLEGTEN ARGUMENTE LASSEN ERKENNEN, DAß DAS KONZEPT DES WISSENSCHAFTSMINISTERS FÜR DEN HOCHSCHULSTANDORT HAGEN NUR DARIN BESTEHT, DIE SCHLIEßUNG DER FH HAGEN FÜR DEN WEITEREN AUSBAU DER FERNUNIVERSITÄT VORZUNEHMEN.

MMZ10/1766

- 13 -

3. Auswirkungen der vorgesehenen Maßnahmen auf den Standort Iserlohn

3.1 Studiengang Elektrotechnik

DER WISSENSCHAFTSMINISTER HAT ERST WEGEN DES PROTESTES DER REGION DIE URSPRÜNGLICH GEPLANTE AUFHEBUNG DES FACHBE-
REICHS ELEKTROTECHNIK AUFGEGBEN.
DIE NUNMEHR VORGESEHENE VERLAGERUNG DER ELEKTROTECHNIK
NACH ISERLOHN IST EINE SCHEINLÖSUNG:

Die Verlagerung der Studienrichtung "Elektrische Energietechnik" nach Iserlohn wäre mit erheblichen Investitionen verbunden und kann nicht erwartet werden, da diese Studienrichtung bereits heute an der FH Dortmund existiert.

Folglich wäre nur die Studienrichtung "Automatisierungstechnik" nach Iserlohn zu verlagern, ein Bruchteil des Fachbereichs Elektrotechnik mit z.Zt. 50 bis 60 Studienanfängern pro Jahr und etwa 7 Professoren. Es entstünde ein kaum lebensfähiger "Miniaturfachbereich" von geringer Attraktivität.

Aus fachlicher Sicht ist eine isolierte Ansiedlung der "Automatisierungstechnik" in Iserlohn nicht zu vertreten: Die "Automatisierungstechnik" benötigt Angebote aus der "Elektrischen Energietechnik" und hat Querbezüge zur "Nachrichtentechnik" und "Informatik". Daher wäre in einer FH Dortmund aus fachlicher Sicht die Studienrichtung "Automatisierungstechnik" allein am Standort Dortmund sinnvoll anzusiedeln.

Angesichts dieser fachlichen Beurteilung ist die Bereitschaft der betroffenen Professoren für eine Verlagerung nach Iserlohn gering. Es ist daher davon auszugehen, daß eine Pensionierungswelle ausgelöst wird, die eine Aufrechterhaltung des Lehrangebots infrage stellen würde.

Dies ist auch den Planern im MWF klar gewesen, als sie ursprünglich auch die Auflösung des Fachbereichs Elektrotechnik vorgeschlagen hatten.

Nach Einschätzung des Senats kann daher der Studiengang "Automatisierungstechnik" in Iserlohn nicht lebensfähig sein.

DIE FORDERUNG DER MÄRKISCHEN REGION NACH DEM ERHALT DER ELEKTROTECHNIK WIRD DURCH DEN GESETZENTWURF NICHT ER-
FÜLLT,

3.2 Entwicklungsmöglichkeiten der Abteilung Iserlohn

Die Planungen des MWF, die im Sommer der Landesregierung vorgeschlagen wurden, sahen durch die Aufgabe von Flächen, die derzeit in Iserlohn von der Fernuniversität genutzt werden, eine erhebliche Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten der Studiengänge der Abteilung Iserlohn vor. Der MWF hat am 6. Januar 1988 gegenüber der Presse erklärt, er wolle die Korrosionsschutztechnik in Iserlohn ausbauen. Die FH Hagen plant in Iserlohn den Ausbau der Kunststofftechnik und der Biotechnologie.

DURCH DIE VERLAGERUNG DER ELEKTROTECHNIK WÜRDEN ERKENNBAR AUF DIE ZUVOR BEABSICHTIGTE ERHEBLICHE VERBESSERUNG DER ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN VERZICHTET.

4. Qualität als Kriterium für Veränderungen im Hochschulbereich

In den "Perspektiven der Hochschulentwicklung" des MWF stehen zwar quantitative Kriterien wie die demographische Entwicklung, die Studienanfängerzahlen, Auslastungszahlen etc. im Vordergrund der Überlegungen. Veränderungen im Hochschulbereich müssen aber auch die Qualität und Leistungsfähigkeit der Hochschulen sichern und fördern.

DIE BESONDEREN QUALITÄTSMERKMALE DER FH HAGEN SIND BEI DEN AUFLÖSUNGSPÄNEN NICHT BERÜCKSICHTIGT WORDEN.

Der VDI hat in seinen Nachrichten (Nr. 15 vom 10.4.1987, S. 12) über die Karriere von Ingenieuren in deutschen Unternehmungen berichtet. Von allen Fachhochschulen der Bundesrepublik hatten die Absolventen der FH Hagen die besten Karrierechancen. Die Qualität der Ausbildung an der FH Hagen hat weithin einen ausgesprochen guten Ruf, wie an folgenden Beispielen besonders sichtbar wird:

Der Fachbereich Bauingenieurwesen hat früher als andere Fachbereiche Bauingenieurwesen EDV in der Lehre eingeführt. Dies führte zu einer Schwerpunktbildung im Bereich der Bauinformatik (als Schwerpunkt beim MWF beantragt).

Weiter hat der Fachbereich Bauingenieurwesen eine besonders praxisnahe Lehre entwickelt, er führt als einziger in NW ununterbrochen Praxissemester mit besten Ergebnissen durch.

Der Fachbereich Sozialwesen zeichnet sich in der Lehre durch eine enge Verflechtung des Projektstudiums mit den verschiedenen Praxis-

feldern in der Region aus. Eine besondere Ausprägung erfährt dieser Fachbereich durch seine Schwerpunkte in der praxisbezogenen Forschung, z.B. auf dem Gebiet der Sozialpolitikforschung.

Darüberhinaus unterhält der Fachbereich Sozialwesen ein umfangreiches und nachgefragtes Beratungs- und Dienstleistungsangebot für Kommunen, Institutionen und Freie Träger.

Die technischen Hagener Fachbereiche wirken in erheblichem Umfang am Technologietransfer mit. Dies geschieht in großem Umfang durch Diplomarbeiten, Beratungen und Gutachten und übersteigt bei weitem die Beratungen, die im Rahmen des TBNW durchgeführt werden. Die Reputation der Hagener Professoren kann auch daran bemessen werden, daß die SIHK vier Professoren der Fachbereiche Architektur und Bauingenieurwesen zu vereidigten Sachverständigen bestellt hat und weitere Professoren von Hagener Gerichten als Sachverständige hinzugezogen werden.

DER SENAT DER FH HAGEN FORDERT DAHER, DIE ANGESEHENE
FH HAGEN ZU ERHALTEN UND IN IHRER EXISTENZ ZU SICHERN.
DIE AUFHEBUNG WÄRE EIN UNKORRIGIERBARER FEHLER.

Die Mitglieder der Fachhochschule haben die FH Hagen unter zum Teil schwierigsten Bedingungen, die durch Überlast, Personal- und Geldmangel gekennzeichnet sind, aufgebaut und den hohen Qualitäts- und Leistungsstand erarbeitet. Sie sehen mit Verbitterung, daß das Arbeitsergebnis von 17 Jahren zunichte gemacht werden soll.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Aufhebung einer Fachhochschule negative Auswirkungen auch auf andere Fachhochschulen des Landes NW haben wird, insbesondere dort, wo geplante Einschnitte schon erkennbar sind.

5. Glaubwürdigkeit der Politik

Die Fachhochschule Hagen ist 1971 als ein Ausgleich für die damals verloren gegangenen 20 000 Stahlarbeitsplätze gegründet worden. Ihr Einzugsbereich, die Märkische Region, mit 1 Millionen Einwohnern ist eine der Wirtschaftsregionen, die eine eigenständige Fachhochschule haben sollte. Welche Veränderungen bewegen nunmehr die Landesregierung, von diesen Entscheidungen wieder abzurücken ?

Der damalige Wissenschaftsminister Schwier hat 1982 bei der FH Hagen die einschneidendsten aller Konzentrationsmaßnahmen gegen die Warnungen des Senats, daß diese Konzentration die Existenzfähigkeit der FH Hagen

gefährden könnte, durchgesetzt. Er hat als Minister für die Landesregierung das Wort gegeben, daß die FH Hagen erhalten bleiben wird. Auf dieses Ministerwort hat die FH Hagen vertraut. Sein Nachfolger fordert nunmehr die Schließung der FH Hagen, weil er das, was sein Vorgänger geschaffen hat, für nicht mehr lebensfähig hält. Wie kann erwartet werden, daß Hochschulen sich an weiteren bevorstehenden Konzentrationen konstruktiv beteiligen, wenn ihnen später daraus die Existenzfrage erwächst ?

Der Ministerpräsident hat am 27. März 1987 in einem Interview des WDR gesagt:

"Ich kann nur sagen, es wird kein Hochschulstandort aufgegeben und keine Hochschule geschlossen."

DER SENAT FORDERT HEUTE DAS 1982 GEGEBENE WORT EIN, DER SENAT APPELLIERT AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN, DIE LANDESREGIERUNG UND DAS PARLAMENT, ES UM DER GLAUBWÜRDIGKEIT DER POLITIK WILLEN NICHT DAZU KOMMEN ZU LASSEN, DAß NACH EIN PAAR JAHREN ODER GAR MONATEN AUSSAGEN DER LANDESREGIERUNG NICHTS MEHR WERT SEIN SOLLEN.



(Professor Dr. Brandenburg)
Rektor